

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

September 2016

hauptstadt magazin

Abgeordnetenhauswahlen:

Parteien
stellen sich
Wahlprüfsteinen



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nachdem in der letzten Ausgabe des hauptstadt magazins kein Geringerer als der Regierende Bürgermeister Michael Müller zu wichtigen Fragen des öffentlichen Dienstes Rede und Antwort gestanden hat, haben wir aktuell Innensenator Frank Henkel befragt, was in diesen Zeiten wachsender terroristischer Bedrohungen für die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner getan wird. Thema des Interviews mit dem Innensenator ist natürlich auch gewesen, wie der ausufernden Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wirksam begegnet werden kann

In Vorwahlzeiten – am 18. September wird das neue Abgeordnetenhaus gewählt – wächst das Interesse an den konkreten Positionen der Parteien. Zu den Wahlprüfsteinen des dbb berlin (s. hauptstadt magazin 7/8 2016) haben SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die Piratenpartei so ausführlich Stellung bezogen, dass wir nur die wichtigsten Kernsätze abdrucken konnten. Alle Antworten stehen aber vollständig zum Download auf unserer Homepage www.dbb.berlin bereit und sind es wert, gelesen zu werden.

Unsicherheiten gibt es bei unseren Mitgliedern immer wieder, was die Voraussetzungen und das

Prozedere des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes betrifft. Das hauptstadt magazin gibt deshalb nochmals einen Überblick über die geltenden Regelungen.

Ein in gewerkschaftspolitischer Hinsicht besonders erfreulicher Termin war der 10. August. An diesem Tag wurde die dbb jugend berlin von jungen Delegierten aus 25 Fachgewerkschaften neu gegründet. Die dbb Landesleitung freut sich schon jetzt auf die Zusammenarbeit mit dem frisch gebackenen Vorsitzenden unserer neuen Jugendorganisation, Christopher Petsch, und seiner Mannschaft.

Schließlich werfen wichtige Veranstaltungen ihre Schatten voraus, auf deren Termine wir jetzt schon hinweisen.

Viel Spaß bei der Lektüre

wünscht

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Innensenator Frank Henkel zu Terror und Gewalt

Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir zu leben haben!

Eine Welle der Gewalt erschüttert gegenwärtig Europa und hat auch die Bundesrepublik Deutschland erreicht. Gleichzeitig wird der Ruf nach stärkeren Vorkehrungen zur Wahrung der Inneren Sicherheit immer lauter. Das hauptstadt magazin hat in einem aktuellen Interview mit Innensenator Frank Henkel nachgefragt, welche Konsequenzen der zuständige Senator aus der wachsenden Bedrohung zieht. Außerdem hat der Innensenator zur ausufernden Gewalt gegen den öffentlichen Dienst, zur Nachwuchswerbung, Bezahlung und IT-Ausstattung in der Berliner Verwaltung Stellung bezogen.

Becker: Welche Maßnahmen sind aufgrund der aktuellen Gefährdungslage zum Schutz der Berliner Bevölkerung konkret geplant?

Henkel: Bislang gibt es keine konkreten Hinweise auf Anschläge in unserer Stadt, trotzdem ist die Lage aufgrund der latenten Gefahr sehr ernst. Die Behörden tun alles, um den Ernstfall zu verhindern. Die Abwehr von Terrorangriffen und Amokläufen wird von unseren Sicherheitskräften immer wieder geübt. Wir wollen den Schritt voraus sein und legen dabei ganz besonderes Gewicht auf Präventivmaßnahmen, wie die sehr genaue Beobachtung der islamistischen Szene. Gegen eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze sperrt sich unser Koalitionspartner, obwohl die Bevölkerung einer solchen Maßnahme sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Viel Geld wurde in den letzten Jahren in die Innere Sicherheit investiert, u. a. um die Polizei um 1.000 Stellen zu verstärken. 15,6 Millionen Euro wurden außerdem für eine verbesserte Ausstattung unserer Sicherheitskräfte bereitgestellt. Wichtig ist mir aber auch, dass wir uns nicht vorschreiben lassen, wie wir zu leben haben. Wenn wir jetzt aus Angst keinen Fuß mehr vor die Tür setzen würden, hätten die Terroristen gewonnen.

Becker: Die wachsende Gewalt macht leider auch vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes nicht Halt. Fast täglich werden Verunglimpfungen, Bedrohungen oder gar Handgreiflichkeiten gegen unsere Kolleginnen und Kollegen etwa bei der Polizei, in Bussen, U-Bahnhöfen und Ämtern mit Publikumsverkehr gemeldet. Selbst die Feuerwehr wird nicht mehr verschont. Wie sieht das Konzept des Innensensors zur Bekämpfung dieser leider schon fast alltäglichen, aber damit umso unerträglicheren Ausschreitungen aus?

Uniform darf keine Zielscheibe werden!

Henkel: Der unverblühte Hass bestimmter Gruppierungen auf Staat und Gesellschaft wird leider auch zunehmend an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgelassen, insbesondere an Uniformträgern. Hier helfen nach unserer Überzeugung nur konsequente Strafverfolgung und harte Strafen. Wir diskutieren deshalb in der Innenministerkonferenz über einen eigenen Strafrechtsparagrafen, der nicht, wie die bisherige Regelung, erst bei einer Vollstreckungshandlung greift und dabei auch andere Uniformträger erfasst. Das ist eine Maßnahme um klarzumachen, dass eine Uniform nicht zur Zielscheibe werden darf.

Becker: In Berlin ist nach vielen Jahren des Personalabbaus nicht allein im Bereich der Inneren Sicherheit eine Notlage entstanden, in der die Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das absolute Gebot der Stunde ist. Welche Maßnahmen ergreift die Innenverwaltung, um junge Leute für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu interessieren?

Bezahlung angleichen und Lehrer verbeamten

Henkel: Zunächst einmal bin ich sehr froh, dass mit dem Wiedereintritt der Union in die Regierung eine personalpolitische Trendwende weg von der Sarrazinschen Zielzahl von 100.000 Beschäftigten im Berliner Dienst hin zu einem für eine wachsende Stadt angemessenen, ebenfalls wachsenden Personalbestand stattgefunden hat. Konkret wurden bis jetzt 11.000 Beschäftigte neu eingestellt, was allerdings keinesfalls ausreicht, weil etwa 22.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bis 2020 altersbedingt ausscheiden werden. Die Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Berliner Landesdienst gestaltet sich schwierig, weil wir nicht nur in Konkurrenz zur privaten Wirtschaft, sondern auch zu dem in Berlin sehr präsenten





Friedrich Windmüller

Bund stehen, bei dem die Vergütung trotz Berliner Erhöhungen noch immer etwa zehn Prozent höher ist als im Berliner Landesdienst. Im Bildungsbereich lockt das nahe Brandenburg mit der Verbeamtung der Lehrkräfte. Wichtig für die Nachwuchswerbung sind also die Angleichung der Berliner Bezahlung an das Bundesniveau, zumindest aber an den Durchschnitt der Länder, und die Verbeamtung der Lehrer, die leider im Berliner Parteienspektrum noch keine Mehrheit gefunden hat. Punkten kann Berlin als Arbeitgeber und Dienstherr mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der sinnvollen Art seines Beschäftigungsangebots für das Allgemeinwohl. Darauf setzt auch unsere Arbeitgebermarke „HAUPTSTADT MACHEN“. Sie steht für eine moderne Dienstleistungsverwaltung, bei der spannende und herausfordernde Tätigkeitsfelder mit sicheren und attraktiven Arbeitsbedingungen einhergehen.

Becker: Inzwischen hat es erstmals einen Zuschlag bei der Besoldungsanpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung zur Angleichung an das Bezahlungsniveau bei Bund und Ländern gegeben, der auch künftig gezahlt werden soll, bis das Besoldungsgefälle abgebaut ist. In welcher Höhe muss dieser Zuschlag gewährt werden, damit er möglichst schnell Abwanderungsbewegungen nach Brandenburg stoppt, Personaleinwerbungen erleichtert und nicht zuletzt den Berliner Beamtinnen und Beamten, denen eine Rückzahlung ihrer Sonderopfer versprochen worden war, Gerechtigkeit wiederfahren lässt.

Henkel: Unsere Berliner Beamtinnen und Beamten leisten täglich gute Arbeit und verdienen es, besser bezahlt zu werden. Wir haben hierfür eine Menge getan. Die Besoldung und Versorgung wird von 2012 bis 2017 um fast 13 Prozentpunkte erhöht. Seit diesem Jahr sind wir damit über dem Brandenburger Niveau. Der Anpassungszuschlag von 0,5 Prozent sollte dabei in erster Linie eine verlässliche Perspektive eröffnen. Künftige höhere Zuschläge sind eine Frage der politischen Machtverhältnisse. Ich bin jedenfalls dafür, dass wir noch schneller voranschreiten.

Becker: Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist auch für die strategische Ausrichtung, Steuerung und Fortentwicklung von E-Government in Berlin verantwortlich. Durch den Einsatz von E-Government soll ein wichtiger Beitrag zum Abbau

von Bürokratie und zur Modernisierung der Verwaltung geleistet werden. Auch für die Beschäftigten eine erfreuliche Perspektive. Noch erfreulicher wäre allerdings eine möglichst kurzfristige Perspektive für eine zeitgemäße IT-Ausstattung der Behörden, die sich teilweise noch mit völlig veralteter Hard- und Software und ausgelaufenen Betriebssystemen herumschlagen müssen. Wann können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltungen endlich mit einer zeitgemäßen, auch behördenübergreifend kompatiblen IT-Ausstattung rechnen?

Weichen für den Berlin PC gestellt

Henkel: Wichtig ist, dass es uns in dieser Legislaturperiode noch gelungen ist, das E-Government-Gesetz zu verabschieden und damit den Weg für eine Digitalisierung der Dienstleistungen für die Bürger frei zu machen. Ein wegweisender Schritt ist uns auch mit dem Konzept des sog. Berlin PC gelungen, der eine Standardisierung der IT und damit auch der Arbeitsabläufe in den Senats- wie auch in den Bezirksverwaltungen sicherstellen wird. Die Weichen für die praktische Umsetzung in der nächsten Legislaturperiode sind damit gestellt.

Becker: Die Verantwortung für den Berliner öffentlichen Dienst, die gegenwärtig in der Senatsverwaltung für Inneres und in der für Finanzen angesiedelt ist, soll zusammengeführt werden. Der Regierende Bürgermeister favorisiert eine Kompetenzverlagerung auf das Finanzressort, der dbb berlin möchte die Zuständigkeiten bei der Innenverwaltung sehen. Wie positionieren Sie sich in der Frage?

Henkel: Es geht nicht darum, wer die Zuständigkeit hat, sondern dass sie nicht länger geteilt wird und künftig bei einem Staatssekretär für Personal liegt, der die Unterstützung aller am Senatstisch Sitzenden hat. Dennoch gibt es in meinem Haus eine sehr große Kompetenz für dieses Thema. Diese sollte weiter an zentraler Stelle genutzt werden. Außerdem ist es nicht immer die beste Lösung, wenn die Zuständigkeit für die Finanzen mit der Frage eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes zusammenfällt. Da können schnell mal fiskalische Interessen dominieren.

Becker: Was wollen Sie den Angehörigen des öffentlichen Dienstes noch mit auf den Weg geben?

„Ihr seid die Hauptstadtmacher!“

Henkel: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben Wertschätzung und Anerkennung verdient. Ihnen sei versichert: Ihr seid diejenigen, die für das Funktionieren der Hauptstadt sorgen! Ihr seid die Hauptstadtmacher!

Becker: Vielen Dank für das Gespräch.

Berliner Parteien und öffentlicher Dienst

Wer will was?

Vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat das hauptstadt magazin abgeklopft, was der öffentliche Dienst und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach der Wahl von den Parteien zu erwarten haben. Und das sind die Kernaussagen der Parteien auf unsere Fragen. Der volle Wortlaut der umfangreichen Stellungnahmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenpartei ist ebenso wie der bereits in der Juli/August-Ausgabe des hauptstadt magazins abgedruckte Text unserer Fragestellungen online auf unserer Homepage www.dbb.berlin abrufbar.

Wie will Ihre Partei dem Verfassungsauftrag zur Fortentwicklung des Berufsbeamtentums Rechnung tragen?

SPD : Wir würden es langfristig für richtig halten, eine stärkere Durchlässigkeit zu Berufen in anderen Bereichen zu ermöglichen. Dazu müssten vor allem Fragen der Altersversorgung und der größeren Flexibilität bei der Besoldung geklärt werden. Auf Landesebene werden wir weitere Faktoren entwickeln, um Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiv zu machen. Dazu gehört wesentlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gerechte Verteilung von Arbeitszeit sowie deren Flexibilisierung.

CDU : Eine bessere Bezahlung, mehr Flexibilität und bessere Entwicklungsmöglichkeiten sind für uns die Voraussetzungen für einen zeitgemäß strukturierten und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst.

Bündnis 90 DIE GRÜNEN : Es ist jetzt an der Zeit, schnell die Besoldungslücke zu den anderen Bundesländern zu schließen. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2022, also in der nächsten Legislaturperiode, den Schnitt der Bundesländer erreicht zu haben.

DIE LINKE : Das vordringlichste Problem, das angegangen werden muss, ist die klaffende Lücke bei der Besoldung zwischen Berlin und den anderen Bundesländern bzw. dem Bund (siehe Frage 2).

PIRATENPARTEI Deutschland : Die Arbeitsbedingungen für Beamte/Beamtinnen sollten einheitlicher, gerechter und gleichmäßig bezahlt sein, eine Konkurrenz um die besten Köpfe zwischen einzelnen Bundesländern lehnen wir ab. Deshalb darf die Besoldung in Berlin nicht länger weit unterhalb des Bundesniveaus liegen.

Berliner Besoldung muss angepasst werden

Sieht sich Ihre Partei in der Pflicht, uneingeschränkt und verlässlich für eine dem Tarifergebnis entsprechende wirkungsgleiche Erhöhung der Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger zu sorgen?

SPD : Das Land Berlin hält sich selbstverständlich an das Grundgesetz und an die Entscheidungen des

Bundesverfassungsgerichts ... Auf Veranlassung des Abgeordnetenhauses hat der Senat einen Bericht vorgelegt, wonach die Beamtenbesoldung im Land Berlin insgesamt diesen Anforderungen entspricht ... Berlin (hat) im Bereich der A-Besoldung noch Nachholbedarf ...

CDU : Für die Zukunft streben wir an, eine schnellere Gleichstellung in der Besoldung mit den anderen Bundesländern zu erreichen und die Besoldung entsprechend anzupassen. Dies erhöht nicht nur die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Berlin, sondern ist vor allem als Zeichen der Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten zu verstehen, die entscheidend dazu beitragen, dass das tägliche Leben in unserer Stadt funktioniert.

Bündnis 90 DIE GRÜNEN : Wir haben in der Vergangenheit deswegen beantragt, eine Erhöhung um ein Prozent zusätzlich zum Tarifabschluss vorzunehmen. Dabei regen wir an, verstärkt auch über Sockelbeträge zur Erhöhung nachzudenken, um die niedrigeren Besoldungsgruppen schneller an den Durchschnitt der Bundesländer heranzuführen.

DIE LINKE : Wir setzen uns seit fünf Jahren nicht nur für eine mit dem Tarifergebnis „wirkungsgleiche“ Erhöhung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ein, sondern für eine darüber hinausgehende.

PIRATENPARTEI Deutschland : Wir sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass in vergleichbaren Arbeitsverhältnissen die Bezüge der Angestellten auch vergleichbar sein müssen. Dies gilt auch für die Kopplung der Erhöhung von Beamtenbezügen an Erhöhungen, die sich aus Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst ergeben.

Um welchen Prozentsatz beabsichtigt Ihre Partei die Besoldung in den nächsten Jahren zusätzlich zum abgeschlossenen Tarifergebnis zu erhöhen?

SPD : Wir werden auch in Zukunft die Beamtenbesoldung mindestens 0,5 Prozent über dem Tarifvertrag erhöhen. Wenn sich die Rahmenbedingungen (Wirtschaftslage, Neuregelung des Länderfinanzausgleichs) weiter so gut entwickeln, werden die Ab-

schlüsse auch höher ausfallen, aber es wäre unseriös, jetzt schon auf die nächsten fünf Jahre bezogen exakte Zahlen zu nennen.

CDU: siehe Frage 2



: siehe 1 und 2

DIE LINKE: Die Fraktion Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus hat in allen Haushaltsberatungen der zu Ende gehenden Wahlperiode beantragt, die Bezüge um einen Betrag zu erhöhen, der um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der anderen Bundesländer bzw. dem Tarifabschluss liegt. Unserer Auffassung nach kann so in den nächsten fünf bis sechs Jahren der Besoldungsrückstand zum Durchschnitt der anderen Bundesländer aufgeholt werden.



: Die Einsparungen im öffentlichen Dienst sind seit Langem die Cashcow für die Sanierung des Berliner Haushalts. Das muss definitiv ein Ende haben und somit setzen sich die Piraten in Zukunft deutlich für stärkere Erhöhungen ein, um wieder an das Bundesniveau anzugleichen.

Gerechte Bezahlung auch für den Tarifbereich

Wie wird Ihre Partei ein konkurrenzfähiges Entgelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der nächsten Tarifrunde sicherstellen?

SPD: Berlin ist wieder Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder. Die Tarifabschlüsse aller Bundesländer mit Ausnahme Hessens gelten daher auch in Berlin, so dass für die Tarifbeschäftigten ein Entgelt gewährleistet ist, das dem der anderen Bundesländer entspricht.

CDU: Auch im Bereich der Tarifbeschäftigten müssen wir im Wettbewerb um die klügsten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Die CDU setzt sich deshalb für eine angemessene Bezahlung aller Bediensteten im öffentlichen Dienst ein.



: Auch im Bereich der Tarifbeschäftigten müssen wir auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Eine Abkoppelung von den Gehältern in anderen, vergleichbaren Wirtschaftsgebieten können wir uns nicht leisten.

DIE LINKE: Berlin nimmt an den Tarifverhandlungen nicht teil.



: Eine große Baustelle ist die Festlegung der Entgeltgruppen. In manchen Bereichen, zum Beispiel im öffentlichen Gesundheitsdienst, kann gar kein angemessenes Personal mehr gefunden werden, da die Beschäftigten in zu niedrige Entgeltgruppen einsortiert werden. Hier werden sich die Piraten für eine Überarbeitung der Entgeltgruppen einsetzen.

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei, um den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger attraktiver zu machen bzw. die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst zu forcieren?

SPD: Wir werden alle Laufbahnen des öffentlichen Dienstes künftig für jede Bewerberin bzw. jeden Bewerber öffnen, der über einen staatlich anerkannten Abschluss verfügt und eine entsprechende Eignung vorweisen kann, damit die Vielzahl der frei werdenden Stellen zügig mit qualifiziertem Personal besetzt werden kann. Im Zuge dessen werden wir Besetzungsverfahren optimieren und beschleunigen.

CDU: Der öffentliche Dienst in Berlin muss konsequent weiter eine Willkommenskultur für Nachwuchskräfte bereitstellen. Zusätzlich sollen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege, attraktive Arbeitsbedingungen und eine erleichterte Laufbahndurchlässigkeit weiteres Personal gewinnen.



: (Zu) einer markanten und glaubwürdigen Arbeitgebermarke (Employer Branding) ... gehören insbesondere anspruchsvolle Aufgaben, Standorticherheit, unbefristete Arbeitsverhältnisse, Gesundheitsförderung, Chancengleichheit, Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Vielfalt und Verlässlichkeit.

DIE LINKE: Unter „Berlin.de“ soll auf der Startseite ein „Bewerbungsportal“ angeboten werden, in dem alle Stellenausschreibungen und Ausbildungsplätze des Landes Berlin veröffentlicht sind. Für die Gewinnung von Nachwuchskräften muss auch in sozialen Netzwerken geworben werden ... Die Zusammenarbeit mit allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen muss intensiviert werden.



: Zunächst einmal ist ein Umdenken in der Politik nötig. Veränderungen im öffentlichen Sektor sind nicht zum Nulltarif zu haben. Für Tarifanpassungen und neue Stellen muss Geld in die Hand genommen werden.

Beschäftigte vor Gewalt schützen

Welche Lösungen zum vorbeugenden Schutz der öffentlich Bediensteten vor gewalttätigen Übergriffen wird Ihre Partei etablieren?

SPD: Zum Schutz der Beschäftigten ist ein Maßnahmenpaket nötig, das zuallererst eine gute Aus- und Fortbildung der Beschäftigten und einen verstärkten Arbeitsschutz vor allem in der Prävention und Rehabilitation umfasst. Ebenso ist denkbar, entsprechende Gefährdungsanalysen in den Behörden, Dienststellen und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes durchzuführen.

CDU: Wir glauben, dass die Häufung solcher Vorfälle Ausdruck eines sehr grundsätzlichen Problems unserer Gesellschaft ist: des Bedeutungsverlusts von Werten. Dieser Verrohung der Sitten und zunehmenden Gewaltbereitschaft treten wir entschieden entgegen. Wir unterstützen deshalb die Initiativen zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes auf Bundesebene.



Bündnis 90 Die Grünen: Wir sind der Ansicht, dass dies vor allem durch Stärkung von präventiven Maßnahmen möglich ist sowie gezielter Weiterbildung und Information der betroffenen Berufsgruppen bedarf. Dazu gehört eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema.

DIE LINKE.: Insbesondere setzen wir hier auf zielgerichtete Prävention, wie sie etwa bei der Zusammenarbeit der Polizei mit Schulen, Jugendeinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Institutionen praktiziert wird. Weiterhin bedarf es einer ständigen Fortbildung und Qualifikation für die Beschäftigten bezüglich des Umgangs mit kritischen Situationen genauso wie einer guten Eigensicherung und ggf. Schutzausstattung.



Piratenpartei Deutschland: Zunächst einmal sind Schulungen der Mitarbeiter/-innen zur Deeskalation und Teamarbeit zum gegenseitigen Schutz sinnvoll. Gewalt gegenüber öffentlichem Personal muss konsequent mit den Mitteln des Strafgesetzbuches verfolgt werden.

Welche Ideen zur Etablierung altersgerechter Arbeitsplätze und zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements haben Sie für den öffentlichen Dienst?

SPD: Ein wirksames Personalmanagementkonzept, mehr Angebote zur Fortbildung und Gesundheitsvorsorge sowie eine weitere Verstärkung der Ausbildungskapazitäten sind für uns wie eine wettbewerbsfähige Bezahlung der Beschäftigten der Berliner Verwaltung zentrale Bestandteile einer Personalstrategie.

CDU: Um psychische Belastungen zu vermeiden, setzt sich die CDU Berlin beim Gesundheitsmanagement für die zentrale Förderung von präventiven Maßnahmen ein, um den Krankenstand im öffentlichen Dienst zu verringern und die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen.



Bündnis 90 Die Grünen: Die einzelnen Dienststellen sollen für die Dauer von zwei bis drei Jahren ihr Gesundheitsmanagement ausschreiben. Hier sollen Krankenkassen (Gesetzlich, Privat oder Kooperation) oder andere Gesundheitsdienstleister konkret auf die unterschiedlichen Tätigkeitsprofile zugeschnittene Behandlungen entwickeln. Für jeden Arbeitsplatz muss überdies eine altersadäquate Bewertung vorgenommen werden.

DIE LINKE.: Das betriebliche Gesundheitsmanagement kann nur dann optimal funktionieren, wenn alle Aspekte, die zum Thema gehören, berücksichtigt werden. Im Wesentlichen gehören sowohl der Arbeits- und Gesundheitsschutz als auch die Gesundheitsförderung zu den Prioritäten. Aber auch Suchtprävention, Stressmanagement und betriebliches Eingliederungsmanagement sind wichtige Faktoren des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.



Piratenpartei Deutschland: ... im öffentlichen Dienst muss es grundsätzlich die Möglichkeit geben, auf einen Betriebsärztlichen Dienst zurückzugreifen. Dazu gehört auch eine Form von Gewaltschutz.

Familie und Beruf besser vereinbaren

Welche Einzelmaßnahmen will Ihre Partei zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im öffentlichen Dienst vorrangig realisiert sehen?

SPD: Wir wollen Menschen mit familiären Aufgaben – sei es für Kinder oder für Pflegebedürftige – mehr Zeit geben und das Modell der „Familienarbeitszeit“ umsetzen. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Wir werden darüber hinaus die Kontrollen durch das Berliner Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit verstärken, insbesondere im Hinblick auf den sozialen Arbeitsschutz, die Arbeitszeiten, den Ausgleich geleisteter Überstunden sowie die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Wir werden für eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung des Landesamtes sorgen.

CDU: Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen durch junge Familien muss der Ausbau der Kitaplätze weiterhin Priorität haben. ... Wir wollen prüfen, wie die qualitative Betreuung der Kinder auch außerhalb der üblichen Kita-Öffnungszeiten, z. B. durch 24-Stunden-Kitas, gewährleistet werden kann. ... Damit es weiterhin möglich bleibt, Pflegebedürftige in der Familie zu versorgen, wollen wir die Vereinbarkeit der Pflege mit dem Beruf und der Familie verbessern.



Bündnis 90 Die Grünen: Frauen sollten die Hälfte der höheren Führungspositionen besetzen ... Es darf nicht länger als lästige Ausnahme wahrgenommen werden, wenn arbeitnehmerfreundliche Arbeitszeiten organisiert werden sollen oder der Wiedereinstieg nach der Familienzeit ansteht. Familienzeiten dürfen Beförderungen nicht verhindern.

DIE LINKE.: Erklärtes Ziel ist es unter anderem, die Frauenanteile, insbesondere in Leitungs- und Führungsfunktionen, zu erhöhen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer gleichermaßen zu schaffen. Eine kompetenzbasierte Personalentwicklung, flankiert von modularen Qualifizierungen und vielfältigen personalpolitischen Angeboten, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle, mobile Arbeitsformen oder die Unterstützung bei der Organisation der Kinderbetreuung und Pflege bieten die Chance, den Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den jeweiligen Lebensphasen zu realisieren.



Piratenpartei Deutschland: Grundsätzlich sollte gerade im öffentlichen Dienst der Arbeitgeber über Elternzeit und die entsprechenden Anspruchsformen deutlich aufklären ... Die Arbeitgeber haben ihre Angestellten zu ermutigen, sich mit einer Work-Life-Balance im Beruf auseinander-

zusetzen. Dies beinhaltet auch die Familienplanung. Hier ist besonders auch die Teilzeit von Männern zu fördern.

Worin kann sich die Wertschätzung für die Beschäftigten Ihrer Ansicht nach ausdrücken? Und welche Möglichkeiten hat die Politik, eine Wertschätzungskultur gegenüber dem öffentlichen Dienst aufzubauen?

SPD : Die These, dass „die Politik“ und „die Öffentlichkeit“ die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht wertschätzten, ist unzutreffend. Die Beschäftigten des Landes Berlin werden als leistungsfähige, verantwortungsbewusste und engagierte Mitarbeiter/-innen sehr geschätzt – in der Öffentlichkeit ebenso wie in den Verfassungsorganen.

CDU : So wie wohl noch heute fast jeder den Spruch „Die Polizei – Dein Freund und Helfer“ kennt, sollte am Beispiel der Werbekampagne der Berliner Stadtreinigung (BSR) eine Image- und Werbekampagne für die Notwendigkeit und den Stellenwert der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und deren Aufgaben transparent und öffentlichkeitswirksam in Auftrag gegeben und umgesetzt werden. Die bestehenden Maßnahmen und Projekte der Öffentlichkeitsarbeit sollen gestärkt und weiterentwickelt werden.



Bündnis 90 Die Grünen : Wir wollen eine Ära der Kooperation und des Miteinanders zwischen Politik und Verwaltung begründen. Dazu gehört ein offener und transparenter Prozess des gegenseitigen Zuhörens. Kritik aus der Verwaltung – im Zweifel auch anonym geäußert – muss möglich sein.

DIE LINKE. : Wertschätzung drückt sich in jeder Form des Agierens des Arbeitgebers (und übrigens auch des Arbeitnehmers!) aus. ... Wertschätzung wird von Vorgesetzten gelebt (oder nicht) und findet nur dann bei den Beschäftigten ihr Echo. Politik muss Wertschätzung Wert schätzen.



Piratenpartei Deutschland : Eine Aufstockung des Personals, die Beteiligung der Mitarbeiter an der Optimierung der Abläufe, die Würdigung ihrer Arbeit im symbolischen und im monetären Sinne ist unserer Meinung nach dringend geboten.

Welche Aufgaben müssen in Ihren Augen weiter vom öffentlichen Dienst wahrgenommen werden? Wo sehen Sie Möglichkeiten, Aufgaben an externe Firmen zu übertragen?

SPD : Die SPD arbeitet seit Jahren kontinuierlich an der Rekommunalisierung von ehemals privatisierten Aufgaben. ... In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, die Auslagerung von Aufgaben aus den öffentlichen Unternehmen heraus zu vermeiden.

CDU : Ohne Frage dürfen staatliche Kernaufgaben nicht an externe Dienstleister abgegeben werden, sondern müssen von Staatsbediensteten übernommen werden.



Bündnis 90 Die Grünen : Wir wollen die prekäre Beschäftigung im öffentlichen Dienst und im öffentlichen Auftrag abbauen. Dazu gehört ein Stop von Ausgliederungen aus öffentlichen Betrieben. Zugleich wollen wir die zum Teil prekären Beschäftigungsmodelle ... durch freischaffende und dennoch arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte ... reduzieren.

DIE LINKE. : Selbstverständlich müssen die hoheitlichen Aufgaben des Landes auch durch seine Bediensteten ausgeführt werden. Wenn Aufgaben an Externe übertragen werden sollen, müssen zwingend (Voraussetzungen) geprüft werden. Für den Fall, dass der erwartete Erfolg der Privatisierung sich nicht einstellt, muss die Möglichkeit der Rückführung der Aufgabe möglich sein.



Piratenpartei Deutschland : Wir sehen Privatisierungen sehr kritisch und sprechen uns überwiegend dafür aus, dass wieder Aufgaben in kommunale Verantwortung zurückgeholt werden.

Hoher Investitionsbedarf

Wie hoch schätzen Sie den notwendigen Investitionsbedarf des öffentlichen Dienstes in Berlin für Immobilien, Technik und Gebäude ein? Wie kann die Arbeit zwischen der BIM und den Nutzern (Behörden) besser organisiert werden?

SPD : Der Sanierungsstau, der letztlich auf der Haushaltsnotlage Berlins beruht, betrifft auch viele der von der BIM verwalteten Liegenschaften. Die BIM ermittelt den jeweils konkreten Sanierungsbedarf scharf im Rahmen des sogenannten Gebäudeskans. Das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) legt diesen einer längerfristigen Bauplanung zugrunde, je nach Priorität der vorhandenen baulichen Mängel. Diese Aufgabe ist nicht von heute auf morgen zu bewältigen – bei einem überschlägig im Milliardenbereich anzusiedelnden Sanierungsstau.

CDU : Die Instandhaltung der öffentlichen Gebäude wurde unter dem Vorgängersensat, wie die gesamte öffentliche Infrastruktur, lange Zeit auf Sparflamme gefahren. Durch diese Nachlässigkeit dürfte ein Sanierungsbedarf in Milliardenhöhe entstanden sein. Diesen Instandhaltungsstau müssen wir konsequent abbauen. Dazu muss die BIM echter Dienstleister werden und nicht als verlängerter Arm der Finanzverwaltung fungieren.



Bündnis 90 Die Grünen : Eine verlässliche Prognose der erforderlichen Ausgaben ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

DIE LINKE. : Den „notwendigen Investitionsbedarf“ kann im Augenblick wohl niemand seriös schätzen. Er ist in jedem Fall erheblich.



Piratenpartei Deutschland : Der Investitionsbedarf ist seriös schwer zu schätzen, es gibt mindestens 30 Milliarden Euro Mehrbedarf in den nächsten 15 Jahren.

Wird Ihre Partei sich für die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin einsetzen?

SPD: Aus finanzpolitischer Sicht gibt es wichtige Gründe gegen die Lehrerverbeamtung: Die Renten von Angestellten werden direkt über Umlagen finanziert. Die Beamtenpension hingegen muss allein über die Länderhaushalte bereitgestellt werden.

CDU: Berlin verliert durch die von rot-rot eingeführte Praxis der Nicht-Verbeamtung zu viele Lehrkräfte an andere Bundesländer bzw. bekommt erst gar keine und vor allem nicht die besten. Deshalb sprechen wir uns klar dafür aus, neuen Lehrkräften das Angebot der Verbeamtung zu machen.



Bündnis 90 Die Grünen: Der Fachkräftemangel ist aus unserer Sicht mitnichten hauptsächlich eine Frage der Verbeamtung. Dennoch werden wir die tatsächlichen Abwanderungs- bzw. Rückkehrzahlen ebenso weiter beobachten wie die bundesweite Entwicklung und schließen eine zukünftige Verbeamtung insofern nicht für alle Zeiten kategorisch aus.

DIE LINKE: Nein



Piratenpartei: Wir sehen diese Frage sehr pragmatisch. ... Wenn angehendes Lehrpersonal Berlin nur aus dem Grund verlässt, weil hier nicht mehr verbeamtet wird, muss darauf reagiert werden.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gründungsversammlung



Gründungsversammlung am 8. August 2016:

Es gibt wieder eine dbb jugend berlin!

Jugendliche Delegierte aus 25 Fachgewerkschaften haben am 8. August 2016 wieder eine dbb jugend berlin aus der Taufe gehoben. Bei der Gründungsversammlung in der Landesgeschäftsstelle dbb berlin standen neben Mitgliedern der Landesleitung des dbb berlin auch die Bundesvorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, und der Landesjugendleiter der dbb jugend bayern, Jörg Kothe, Pate und freuten sich über das große Interesse der Jugendlichen an der Veranstaltung.

Sandra Kothe informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingehend über Aufgaben und Betätigungsfelder der Jugendorganisation des dbb auf Bundesebene. Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, der selbst viele Jahre den Vorsitz der dbb jugend auf Landesebene und kurzzeitig auch auf Bundes-

ebene innehatte, steuerte ergänzende Angaben über die Historie und die Betätigungsfelder innerhalb des dbb berlin bei. Über die Neugründung war man sich im Anschluss schnell einig: Nach nur kurzer Diskussion wurde einstimmig eine Satzung beschlossen, die zunächst für zwei Jahre gelten soll. Denn bis Ende August 2018 soll ein Landesjugendtag über eine aktualisierte Satzung beschließen. Dementsprechend soll nach dem Willen der Gründungsversammlung auch die neue Landesjugendleitung zunächst nur zwei Jahre amtiert. Zum Vorsitzenden der dbb jugend berlin wählten die Mitglieder der Gründungsversammlung im Anschluss Christopher Petsch (DPoIG Berlin). Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Stephanie Strohfahrt (DJG), Martin Kusber (DSTG), Ireen Gallwitz (BDR) und Vanessa Marie See (VBOB) gewählt. dbb Landeschef Frank Becker gratulierte allen zur Wahl und sagte der neu gewählten Landesjugendleitung tatkräftige Unterstützung des dbb berlin bei ihrer Arbeit zu.



Die neue Landesjugendleitung v. l. n. r.: Christopher Petsch (Vorsitzender), Martin Kusber, Vanessa Marie See, Ireen Gallwitz, Frank Becker (Vorsitzender dbb berlin), Stephanie Strohfahrt und Sandra Kothe (Bundesjugendleiterin dbb jugend)

Jubiläumszuwendung

Auszahlung lässt noch auf sich warten

Die auf Drängen des dbb berlin rückwirkend zum 1. Januar 2016 wieder eingeführte Jubiläumszuwendung wird gegenwärtig noch nicht ausgezahlt. Auf Rückfrage des dbb berlin teilte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport Mitte August hierzu mit, dass den Dienstbehörden zunächst ein Rundschreiben mit Hinweisen zum Gesetz zur Wiedereinführung von Jubiläumszuwendungen für Beamtinnen und Beamte an die Hand gegeben werden soll.

Dieses Rundschreiben befindet sich noch in der Abstimmung. Die Innenverwaltung rechnet aber in Kürze damit, das Schreiben versenden zu können. Die Innenverwaltung hat nach eigenen Angaben bereits frühzeitig nach Verabschiedung des Gesetzes Abstimmungen – insbesondere mit dem LVwA – eingeleitet, um eine möglichst baldige Zahlbar-

machung der Jubiläumszuwendungen zu ermöglichen. Wann allerdings mit den tatsächlichen Auszahlungen gerechnet werden kann, hängt von der Umsetzung in den einzelnen Dienststellen ab.

Der dbb berlin wird den Vorgang weiter beobachten und zeitnah informieren. ■

Rechtsschutz – eine wichtige gewerkschaftliche Leistung

Jederzeit können Umstände im Berufsleben eintreten, die einen fachgerechten berufsbezogenen Rechtsschutz auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst notwendig machen. Anwaltliche Vertretung kann schnell notwendig werden. Wir empfehlen daher die Mitgliedschaft in einer der 34 Fachgewerkschaften und Verbände des dbb beamtenbund und tarifunion berlin. Hierdurch sind Sie, auch was den berufsbezogenen Rechtsschutz betrifft, sehr gut abgesichert, denn der dbb führt berufsbezogenen Rechtsschutz im Auftrag seiner Mitgliedsorganisationen für deren Einzelmitglied durch.

Was aber bedeutet Rechtsschutz?

Rechtsschutz auf Grundlage der dbb Rahmenrechtsschutzordnung gliedert sich in Rechtsberatung und Verfahrensrechtsschutz. Beratungsrechtsschutz bedeutet, dass das für Berlin zuständige dbb Dienstleistungszentrum Ost mündliche oder schriftliche Auskünfte oder rechtliche Kurzeinschätzungen abgibt. Verfahrensrechtsschutz bedeutet, die Vertretung in einem außergerichtlichen oder gerichtlichen Verfahren durch das dbb Dienstleistungszentrum.

Wer erhält gewerkschaftlichen Rechtsschutz und wie weit geht dieser Rechtsschutz?

Der dbb bietet den Einzelmitgliedern seiner Mitgliedsorganisationen exklusiv und kostenlos berufsbezogenen Rechtsschutz an. Der Rechtsschutz umfasst Rechtsfragen, die im Zusammenhang mit derzeitigen

oder früheren beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst oder im privaten Dienstleistungssektor stehen. Darunter fallen auch Tätigkeiten in den Funktionen als Mitglied eines Personal- oder Betriebsrates, einer Jugend- oder Ausbildungsvertretung, als Frauenvertreterin oder als Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen.

Der gewerkschaftliche Rechtsschutz umfasst damit sämtliche dienst- und arbeitsrechtlichen Fragen. Er umfasst auch Rechtsprobleme des Sozialrechts, soweit diese unmittelbare Auswirkungen auf das Arbeits- oder Dienstrecht haben, wie z. B. Fragen um die Feststellung des Grades der Behinderung oder Fragen im Zusammenhang mit Unfällen auf dem unmittelbaren Weg von oder zur Arbeitsstätte und Ähnliches mehr.

In Straf-, Disziplinar- und Ordnungswidrigkeitsverfahren kann die Rechtsschutz gewährende Stelle im Ausnahmefall Rechtsschutz gewähren. Eine Rechts-

schutzdurchführung über die dbb Dienstleistungszentren erfolgt hinsichtlich der straf- und ordnungswidrigkeitsrechtlichen Sachverhalte nur insoweit, als ein unmittelbarer Berufs- und Tätigkeitsbezug gegeben ist.

Die Rechtsschutzdurchführung in disziplinarrechtlichen Angelegenheiten ist stets möglich, da ein Disziplinarverfahren immer einen unmittelbaren dienstlichen Bezug hat.

Wer übernimmt die Kosten?

Der Rechtsschutz durch den dbb ist für die Einzelmitglieder innerhalb der dbb Gewerkschaften kostenlos, wenn nicht die Rechtsschutzordnungen oder -richtlinien der Rechtsschutz gewährenden Stellen etwas anderes bestimmen.

Der dbb übernimmt grundsätzlich die notwendigen Kosten und Kostenvorschüsse für die Führung des Verfahrens. Zu den notwendigen Kosten gehören ggf. auch die gesetzlichen Gebühren des gegnerischen Rechtsanwalts.

Was muss ich tun, um Rechtsschutz zu erhalten?

Der dbb Rechtsschutz setzt einen vorherigen Rechtschutzantrag voraus. Dieser wird direkt bei der zuständigen Fachgewerkschaft beantragt. Durch die Fachgewerkschaft wird auch der Kontakt zum jeweils zuständigen Dienstleistungszentrum vermittelt.

Weitere Einzelheiten erhalten Sie bei den Fachgewerkschaften des dbb berlin und auf unserer Homepage www.dbb.berlin.

BSBD Berlin zieht positive Bilanz

Deutliche Verbesserungen erreicht

„Nie zuvor hat der Berliner Justizvollzug so deutliche strukturelle und finanzielle Verbesserungen erfahren wie in jüngster Zeit.“ Das ist das erfreuliche Ergebnis einer Bilanz, die der BSBD Berlin nach über sechs Jahren intensiver politischer Arbeit ziehen kann.



Thomas Goiny

„Es war ein langer und nicht einfacher Weg, gegen oftmals unvermutete Widerstände, die Verbesserungen durchzusetzen“, erinnert BSBD-Landeschef Thomas Goiny. „Seit 2010 haben wir immer wieder alle politischen Möglichkeiten genutzt, um dem Berliner Justizvollzug die Anerkennung und Wertschätzung (auch öffentlich) zuteilwerden zu lassen, die er verdient. Auf diese Weise konnten wir nicht nur eine Übernahmegarantie für alle Anwärter erreichen, sondern auch zusätzliche 350 Beförderungsjahre in die Besoldungsgruppe A 8 im allgemeinen Justizvollzugsdienst und mittleren Verwaltungsdienst durchsetzen.“

Als weitere Meilensteine auf dem Weg zu einer gerechten Bewertung des Justizvollzugsdienstes wertet Goiny die Anpassung der Justizvollzugszulage an die von Polizei und Feuerwehr sowie die Einführung von Anwärtersonderzuschlägen.

Weitere Personaleinsparungen verhindert

Positiv schlägt in der BSBD-Bilanz auch zu Buche, dass weitere Personaleinsparungen in den Anstalten verhindert und Privatisierungsüberlegungen abgeblockt

worden sind. „Gemeinsam mit unserem Dachverband, dem dbb berlin, haben wir außerdem erfolgreich für die Wiedereinführung der Jubiläumsszuwendung für Beamtinnen und Beamte gekämpft und einen zusätzlichen Anpassungszuschlag bei der Anpassung der Besoldung erreicht,“ ergänzt Goiny die positive Bilanz. Schließlich hat das Abgeordnetenhaus zusätzlich 50.000 Euro für eine bessere persönliche Sicherheitsausstattung der Vollzugsbediensteten bewilligt. Auch für eigene Drogenspürhunde im Vollzug ist der Startschuss gefallen, ebenso für den weiteren Ausbau sog. Handyblockersysteme.

Dank für Unterstützung

„Dies alles hat der BSBD Berlin durch unzählige Gespräche und Diskussionen mit den Abgeordneten erreicht! An dieser Stelle wollen wir deshalb gern auch einmal den Abgeordneten Dank sagen, die uns unterstützt und die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben“, so Goiny, der aber auch keinen Zweifel daran ließ, dass der Weg des BSBD zur Optimierung des Justizvollzugs noch lange nicht zu Ende ist.

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 12

Weg ist nicht zu Ende!

Es gäbe noch viele Strukturen, die verändert und verbessert werden müssen. So hätten die Organisationsuntersuchungen in den Justizvollzugsanstalten nicht nur Positives erbracht, sondern auch viel Unruhe und Unsicherheit verbreitet. Zwar gäbe es jetzt insgesamt mehr Stellen, allerdings zu wenige im mittleren Dienst und von einer effizienten Verwaltung sei man weiter entfernt als zuvor.

Weitere Forderungen des BSBD Berlin sind gesetzliche Regelungen über die Auszahlung von Überstunden, die Erhöhung der Zulagen für den Schicht- und Wechseldienst und eine deutliche und zeitnahe Erhöhung der allgemeinen Besoldung.

Auch die Berücksichtigung vorberuflicher Zeiten und außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbener

Qualifikationen bei der Einstufung und Eingruppierung steht noch auf der Agenda.

Stärken will der BSBD darüber hinaus die Arbeitszufriedenheit und das verloren gegangene „Wir-Gefühl“ des Justizvollzuges reaktivieren. Der Gesundheitspakt müsse mit Leben erfüllt werden, um den mittlerweile dramatischen Krankenstand zu reduzieren und schließlich gelte es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszubauen und die Beihilfebestimmungen zu verbessern.

BSBD bleibt dran

„Der BSBD mit seinen Gewerkschaftsmitgliedern und ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder wird weiterhin zäh an der Optimierung der Arbeitssituationen in den Justizvollzugsanstalten arbeiten“, versicherte Goiny abschließend. ■

Rechtspflegernachwuchs gesucht

Für das Jahr 2017 sind die Einstellungen von voraussichtlich 60 Rechtspflegeranwärtern/-innen sowie insgesamt 140 Auszubildenden für den Beruf der/des Justizfachangestellten (jeweils 70 zum 1. März 2017 und 1. September 2017) vorgesehen. Das hat das Berliner Kammergericht in einem Schreiben an den dbb berlin mitgeteilt.

Für das duale Studium der Rechtspflegeranwärter/-innen mit dem Einstellungstermin 1. Oktober 2017 hat die Bewerbungsfrist bereits begonnen und wird mit Ablauf des 30. November 2016 enden.

Der erste Einstellungstermin für die Ausbildung zum/zur Justizfachangestellten ist der 1. März 2017. Hierfür läuft das Bewerbungsverfahren noch bis 11. September 2016. Der zweite Einstellungstermin für diese Ausbildung ist der 1. September 2017. Die Bewerbungsfrist für diesen Termin hat ebenfalls begonnen und endet mit Ablauf des 31. Dezember 2016. ■

Bewerbungen für alle Ausbildungsgänge werden online über das Karriereportal von „Berlin.de“ entgegengenommen: <https://www.berlin.de/karriereportal/stellen/jobportal/stellenangebote.html>.

Weitere Informationen zu den Einstellungsbedingungen, Zulassungskriterien und allen Informationen rund um das Bewerbungsverfahren sind auf der Seite www.Rechthaber-gesucht.de und unter <http://www.berlin.de/karriereportal/berlin-als-arbeitgeberin/justiz/> abrufbar. ■

Termin vormerken!

Personalrätekonferenz am 5. Oktober

Aus- und Fortbildung ist das Schwerpunktthema der zweiten Personal- und Betriebsrätekonferenz, die der dbb berlin am 5. Oktober durchführen wird.

Als Referenten zugesagt haben bereits der Direktor der Verwaltungsakademie des Landes Berlin, Wolfgang Schyrocki, und die Geschäftsführerin der dbb akademie, Anke Weigend.

Weitere Informationen und die Einladungen an die Beschäftigtenvertreter der Fachgewerkschaften des dbb berlin werden rechtzeitig herausgegeben.

Der Termin sollte von interessierten Beschäftigtenvertretungen aber schon einmal im Kalender vorgemerkt werden. ■

Nicht vergessen

Vergünstigter Eintritt für THE ONE

Mitglieder des dbb berlin erhalten für die Previews von THE ONE Grand Show im Friedrichstadt-Palast vom 22. September bis 4. Oktober 2016 einen Rabatt von 25 Prozent auf den Nettopreis in den Preiskategorien 1 bis 4, Premium, VIP und Wall Sky Lounge, wenn sie bei ihrer Kartenbestellung das Stichwort „Hauptstadt“ angeben. Das Angebot ist nicht mit anderen Rabatten kombinierbar.



FriedrichstadtPalast (2)

Die Weltpremiere der Show, über die das hauptstadt magazin in der Maiausgabe ausführlich berichtet hat, ist am 6. Oktober. Die Previews laufen ab 22. September. Die Spieldauer ist bis Mitte 2018 geplant. Tickets sind im Vorverkauf erhältlich.

E-Mail: tickets@palast.berlin

Ticket-Hotline: 030.23262326

THE ONE Grand Show ist eine traumwandlerische Zeitreise auf der Suche nach dem einen Menschen, der alles für uns bedeutet – THE ONE. Anders als Musicals folgen Revueshows keinem klassischen roten Faden. Es sind Collagen atemberaubender Showbilder, deren innerer Zusammenhalt aus einem verbind-



denden Thema – die Traumvisionen des jungen Mannes – entsteht. ■

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 13, gültig ab 1. 10. 2015. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin. Foto: Friedhelm Windmüller. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Wieder „Exklusiver Abend“ der BBBank

Schon traditionell findet in Berlin und in elf weiteren deutschen Orten auch in diesem Jahr der sogenannte „Exklusive Abend“ der BBBank statt. Ziel des Veranstalters, der regelmäßig mit hochrangigen Referenten aufwartet, ist es, mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Dialog zu treten. Das diesjährige Thema lautet: „Der öffentliche Dienst in Deutschland – wir sagen Danke!“

In Berlin findet die Veranstaltung, die BBBank-Vorstandsmitglied Oliver Lüscher eröffnen wird, am 4. Oktober in der Orangerie des Schlosses Charlottenburg statt. Als Hauptredner wird Gregor Gysi MdB erwartet.

Anmeldungen nimmt die BBBank direkt entgegen unter: www.bbbank.de/eav2016 ■

VG Berlin

Dienstunfall auch auf Toilette möglich

Ein Dienstunfall eines Beamten kann sich nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 4. Mai 2016 – VG 26 K 54.14 – auch in den Toilettenräumen des Dienstgebäudes ereignen.

Das entschieden die Richter im Fall einer Stadtmittelfrau, die sich während der Dienstzeit am Flügel eines weit geöffneten Fensters im Toilettenraum so verletzte, dass sie ärztlich versorgt werden musste. Den Antrag auf Anerkennung dieses Ereignisses als Dienstunfall hatte der Dienstherr zuvor unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung bayerischer Verwaltungsgerichte abgelehnt. Diese hatten den Aufenthalt in einer Toilettenanlage als eine rein private Angelegenheit beurteilt, die in keinem Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit stehe.

Die Berliner Richter sahen dagegen den erforderlichen Zusammenhang zwischen Unfall und Dienst als

gegeben an, weil sich der Unfall während der Dienstzeit am Dienort ereignet hat.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache wurden Berufung und Sprungrevision zugelassen. ■

